

Asien im Umbruch

Eun-Jeung Lee

Rätsel Nordkorea?

Auf der koreanischen Halbinsel wurde seit dem Zusammenbruch des Ostblocks Anfang der 90er Jahre der Krisenkreislauf »erhöhte Spannung – Kompromiss – Sanktion – erhöhte Spannung« mehrfach durchlaufen. Der letzte Durchlauf erfolgte im Frühjahr dieses Jahres. Was treibt Nordkorea dazu, immer wieder diese Konfrontationsrituale zu inszenieren, obgleich das Land dadurch keine Freunde gewinnen kann und sich eher noch mehr isoliert? Um die innere Logik des Verhaltens Nordkoreas zu verstehen, muss man sich mit den Ursachen des Korea-problems befassen. Die sich wiederholenden Krisen beruhen nämlich auf strukturellen Problemen mit einer langen Vorgeschichte.

Die Koreafrage lässt sich nicht getrennt betrachten vom Kalten Krieg und dem Zusammenbruch des Ostblocks. Als Teil des Ostblocks hatte Nordkorea einen sicheren Platz auf der internationalen Bühne. Das tat ihm gut, denn das Land war im Koreakrieg 1950-1953 durch amerikanische Bomben vollständig zerstört und traumatisiert worden. Zu den psychologischen Folgen des Krieges gehörte im Süden, dass der Antikommunismus als Staatsideologie von nun an das politische und gesellschaftliche Leben prägen sollte, während im Norden das Feindbild USA zum wichtigsten Moment im ideologischen Kampf und in der Propaganda wurde. Nordkorea konnte den Krieg nur durch die Unterstützung der UdSSR und der Volksrepublik China überstehen und war auch danach beim zügig erfolgenden Wiederaufbau des Landes darauf angewiesen.

Der Schild des Kalten Krieges und der ideologischen und militärischen Konfrontation, unter dessen Schutz Nordkorea seine Wirtschaft über fast drei Jahrzehnte erfolgreich entwickeln konnte, wurde löchrig, als es Ende der 70er Jahre unter Nixon zu einer Annäherung der USA und Chinas kam und wenige Jahre später



Eun-Jeung Lee

(* 1963) ist Professorin an der FU Berlin und leitet dort seit 2008 die Abteilung für Korea-Studien. Ihre Forschungsschwerpunkte sind interkulturelle politische Ideengeschichte und politische Theorie sowie Politik, Gesellschaft und Kultur in Korea und Ostasien.

Eun-Jeung.Lee@fu-berlin.de

in der Sowjetunion wirtschaftliche und politische Reformprozesse begonnen wurden.

In China setzte die Reformpolitik bereits 1978 unter Deng Xiaoping ein. Es folgte 1979 die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den USA. 1985 begann Michail Gorbatschow mit Perestroika und Glasnost die UdSSR zu reformieren. Dadurch veränderten sich das wirtschaftliche und geostrategische Umfeld Nordkoreas grundlegend. Jedoch war Kim Il Sung, der Gründer Nordkoreas, nicht bereit, die politischen und wirtschaftlichen Reformen mitzumachen. Er kritisierte sie vielmehr und kündigte an, in Nordkorea den »endgültigen Sieg des Sozialismus« herbeiführen zu wollen; es werde einen »Sozialismus koreanischer Prägung« geben. Solche Absichten waren schon früher geäußert wor-

den, nämlich als sich Ende der 50er Jahre die Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und der UdSSR verschlechterten. Nordkorea weigerte sich damals, sich für eine Seite zu entscheiden und kündigte einen »eigenständigen« Weg an. Das Land konnte sich das erlauben, weil auf seinem Territorium, anders als in der DDR, keine sowjetischen, aber auch keine chinesischen Truppen stationiert waren.

Andererseits musste Kim Il Sung auf die geostrategischen Veränderungen reagieren. So schlug er 1984 vor, zwischen Nord- und Südkorea sowie den USA über die gleichzeitige Unterzeichnung eines Nichtangriffspaktes zwischen Nord- und Südkorea und eines Friedensvertrages zwischen Nordkorea und den USA zu verhandeln. Um seine Bereitschaft zu unterstreichen, kündigte er 1987 und 1990 Abrüstungsmaßnahmen an. Parallel dazu erklärte die südkoreanische Regierung unter Präsident Roh Tae Woo, eine als »Nordpolitik« bezeichnete Entspannungspolitik verfolgen zu wollen. Im Ergebnis wurden zwischen Nord- und Südkorea 1991 der »Grundlagenvertrag« und 1992 die »Deklaration zur Entnuklearisierung der koreanischen Halbinsel« unterzeichnet.

Allerdings trat das Interesse an der Nordpolitik hinter dem an einer Normalisierung der Beziehungen mit der Volksrepublik China und der Sowjetunion zurück. Dafür räumte Südkorea der UdSSR einen Kredit in Höhe von drei Milliarden US-Dollar ein. 1990 wurde dann auch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vereinbart. Mit der Volksrepublik China wurde ein solcher Vertrag 1992 abgeschlossen.

Zwei Seiten derselben Medaille

Angesichts dieser Entwicklungen verblieben Nordkorea nur wenige Handlungsoptionen. Zum einen konnte es seinerseits diplomatische Beziehungen mit den USA

und Japan anstreben, um durch die überkreuzende gegenseitige Anerkennungen ein neues Machtgleichgewicht zu schaffen und sich vor unerwünschten Ein- und Übergriffen durch die in der Region aktiven Großmächte zu schützen. Zum anderen konnte Nordkorea seine Position durch den Besitz von Nuklearwaffen stärken. Kim Il Sung verfolgte zunächst die erste Option: Im Frühjahr 1992 äußerte er in einem Interview mit der *Asahi Shimbun* und zwei Interviews mit der *Washington Times* den Wunsch, diplomatische Beziehungen mit den USA aufzunehmen. Allerdings ging ihm nach der diplomatischen Anerkennung Südkoreas durch China und die UdSSR ein wichtiger Hebel für die Verhandlungen mit den USA und Japan verloren.

Die USA sahen nach dem Zusammenbruch der UdSSR und der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und Südkorea keine Notwendigkeit mehr, Nordkorea diplomatisch anzuerkennen. Vielmehr rückte die Frage nordkoreanischer Atomwaffen in den Mittelpunkt des US-Interesses. An dieser Frage scheiterten im November 1992 dann auch die Verhandlungen zwischen Japan und Nordkorea über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen, da Japan damit ein Entgegenkommen in Sicherheitsfragen, d.h. dem Atomprogramm, verknüpfte.

Seither ist das Atomprogramm nicht nur zum Dreh- und Angelpunkt des »Nordkoreaproblems«, sondern auch zum wichtigsten Verhandlungsinstrument Nordkoreas geworden. Das Atomprogramm und der Friedensvertrag (bzw. die damit verbundene Sicherheitsgarantie für das nordkoreanische Regime) sind dadurch zu zwei Seiten derselben Medaille geworden. Das Muster der Verhandlungen der letzten 20 Jahre folgt dieser Logik: Während Nordkorea mit dem Atomprogramm als Hebel die USA zu Verhandlungen über einen Friedensvertrag zu zwingen sucht, will Washington mit Pjöngjang nur nach Aufgabe dessen Atomprogramms reden.

Nordkorea war mit dieser Strategie, die USA und andere Länder an den Verhandlungstisch zu bringen, recht erfolgreich. So führte die erste Nuklearkrise 1994 zum Genfer Abkommen, in dem die USA und ihre Verbündeten die Lieferung eines Leichtwasserreaktors und von Rohöl versprachen. Sie hielten sich jedoch nicht an ihre Vereinbarung, sodass das Genfer Abkommen Makulatur wurde. Seitdem haben zahlreiche Verhandlungen, die zur Unterzeichnung diverser Abkommen und Deklarationen führten, stattgefunden. Es kam sogar zu nord-/südkoreanischen Gipfeltreffen in den Jahren 2000 und 2007. Die dort formulierten Versprechen wurden aber kaum eingehalten. Deshalb droht Nordkorea nach wie vor mit seinem Atomprogramm, während die USA auf wirtschaftliche Sanktionen setzen. Letztere werden von China faktisch unterlaufen, weil es chaotische Verhältnisse mit unvorhersehbarem Ausgang in seinem Nachbarland und die mögliche Präsenz amerikanischer Truppen an der Grenze um jeden Preis vermeiden möchte. Angesichts dieser Verhältnisse dürften sich die Krisenrituale auch in Zukunft wiederholen – jedenfalls solange das Schachbrett, auf dem sie ausgetragen werden, nicht zerstört wird.

Nuklearwaffen auf der koreanischen Halbinsel – kein neues Problem

Offensichtlich ist das Atomprogramm der Schlüssel der Koreafrage. Das gilt allerdings nicht erst seit den 90er Jahren, sondern bereits für die Zeit des Koreakrieges 1950-1953. Unmittelbar nach dessen Ausbruch am 25. Juni 1950 wurde in Washington bereits der Einsatz von Atombomben in Erwägung gezogen. Man entschied sich dagegen, weil man auch ohne sie an einen Sieg glaubte. Als chinesische Freiwillige und Soldaten Anfang 1951 damit begannen, die von den USA geführten UN-Truppen

aus Nordkorea, die ohne UN-Mandat bis an die chinesische Grenze vorgerückt waren, zurückzudrängen, wurde in den USA erneut über den Einsatz von Atombomben nachgedacht. Am 30.11.1950 erklärte Präsident Harry S. Truman auf einer Pressekonferenz, dass die USA alle nötigen Waffen, einschließlich Atombomben, im Koreakrieg einsetzen würden. Es erwies sich als Glück für die koreanische Halbinsel und China, dass diese Entscheidung im Zuge der Entlassung von General Douglas MacArthur nicht umgesetzt wurde. Dieser wollte nach eigener Behauptung mit 30-50 Atombomben einen »Kobaltgürtel« quer über die koreanische Halbinsel legen. Präsident Truman soll diesen Befehl, Ziele in Nordkorea und Nordchina zu bombardieren, am 6.4.1951, kurz vor der Entlassung MacArthurs unterschrieben haben. Auch nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens am 27.7.1953 haben die USA, wenn ihnen dies strategisch nützlich erschien, immer wieder die »Nuklearkarte« gespielt. Kim Il Sung soll gegenüber Erich Honecker, der im Oktober 1986 Nordkorea besuchte, seine Sorge wegen der amerikanischen Atombomben in Südkorea geäußert haben: In Südkorea wären mehr als 100 Atombomben stationiert; selbst wenn die USA nur zwei dieser Atombomben in Nordkorea einsetzen, könnten sie das Land vollkommen zerstören.

Nordkorea seinerseits hat bereits in den 50er Jahren ein eigenes Atomprogramm entwickelt. Die Ausbildung von Kerntechnikern in der Sowjetunion begann 1956. Ein Kooperationsvertrag im Bereich Kerntechnik mit der Sowjetunion wurde 1959 unterzeichnet und der Forschungsreaktor in Yongbyon Mitte der 60er Jahre fertiggestellt. Auch bei der Weiterentwicklung seines Atomprogramms und der Errichtung des Reaktorkomplexes in Yongbyon in den 70er und 80er Jahren wurde Nordkorea von der Sowjetunion unterstützt. Aus den verbrauchten Brennstäben eines zweiten, 1980 fertig gestellten Reaktors wird das für

die nordkoreanischen Atombomben erforderliche Plutonium gewonnen.

Nordkorea unterzeichnete 1985 den Atomwaffensperrvertrag (*Non-Proliferation Treaty, NPT*), verweigerte aber mehrfach die im Vertrag vorgesehenen Inspektionen durch die Atomenergiebehörde (IAEO), da sie dahinter unlautere Ziele Washingtons vermuteten. Im Frühjahr 1994 hatten die Spannungen zwischen den USA und Nordkorea so weit zugenommen, dass sie beinahe in einen Krieg mündeten. Damals befand sich Nordkorea in einer besonders schwierigen Situation, da das Land durch den Zusammenbruch der Sowjetunion keinen schützenden Verbündeten mehr hatte, der Handel mit dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) zusammengebrochen und damit die Nahrungsmittel- und Energieversorgung bedroht war und zu allem Übel Kim Il Sung verstarb. Trotz alledem wurde das Atomprogramm, zumindest aus Sicht Nordkoreas seine einzige Trumpfkarte im Spiel mit den USA, weiter ausgebaut.

Die Krise von 2013 und ihr Ausweg

Ein wichtiger Unterschied zwischen der Nuklearkrise 1994 und der Krise 2013 liegt darin, dass alle Parteien die Existenz nordkoreanischer Kernwaffen nicht mehr nur als eine bloße Möglichkeit betrachten, gleichwohl man nicht bereit ist, Nordkorea als Atomwaffenstaat anzuerkennen. Angesichts der Vorgeschichte und des Austritts Nordkoreas aus dem NPT 2003 ist das sicherlich nicht unproblematisch. Klar ist jedenfalls, dass Nordkorea auf keinen Fall auf sein Atomprogramm verzichten wird, solange seine Existenz durch einen Friedensvertrag mit den USA nicht gesichert ist. Nicht zuletzt deshalb fragt man sich, ob es überhaupt eine ernstzunehmende Alternative zu dem von Nordkorea geforderten Friedensvertrag gibt, um Frieden und Sta-

bilität auf der koreanischen Halbinsel und in ganz Ostasien zu befördern. Ist es vonseiten der USA und Südkorea vertretbar, sich aus letztlich innenpolitischen Gründen dieser Forderung Nordkoreas zu verweigern?

Die neue Präsidentin Südkoreas Park Geun-Hye hat bei ihrem USA-Besuch im Mai 2013 ihre Position klar gemacht. Sie fußt auf der Prämisse von »Schuld und Sühne« (»Verbrechen und Strafe« entspricht eher dem koreanischen Sprachgebrauch): Nordkorea müsse für jede Art der Provokation einen Preis zahlen. Sie verlangt von den sich mit Südkorea verbunden fühlenden Nachbarstaaten, Nordkorea mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zu Öffnung und Wandel zu zwingen und dabei keinen Raum für Alternativen zu lassen. Zugleich möchte sie einen »Vertrauensprozess« auf der koreanischen Halbinsel einleiten, auf dem Nordkorea ohne Beachtung aktueller politischer Spannungen humanitäre Hilfe gewährt wird. Die Demarkationszone (DMZ) würde sie gerne in ein Symbol für Frieden und gegenseitiges Vertrauen auf der koreanischen Halbinsel verwandeln. Inwieweit solche Wünsche mit der Logik von »Schuld und Sühne« zu vereinbaren sind, bleibt unklar. Fortschritte auf dem Weg zu einer Lösung der Koreafrage sind so kaum zu erwarten.

Der frühere südkoreanische Außenminister Yoon Young-Gwan schrieb vor kurzem, dass es für die Welt keine einfache Aufgabe sei, Nordkoreas Säbelrasseln zu begegnen, auch wenn es sich um ein extrem verarmtes und faktisch besiegt Land handle. Erforderlich sei eine Art Fürst Metternich, dem es nach den Napoleonischen Kriegen gelungen sei, die Verhältnisse in Europa erfolgreich neu zu ordnen, oder die Weitsicht eines John F. Kennedy, der die Kuba-Krise in die Status-quo-Politik überführt und damit den Ost-West-Konflikt entschärft habe. So habe Metternich das besiegte Frankreich nicht gedommt und in eine Schmollecke gestellt.

Und auch Kennedy habe darauf verzichtet, die Sowjetunion zu demütigen oder völlig zu besiegen. Er wäre sogar bereit gewesen, im Austausch gegen den Abzug der sowjetischen Raketen aus Kuba heimlich die amerikanischen Raketen in der Türkei und in Italien abzuziehen. Mit seinem Pragmatismus habe Kennedy einen durchaus möglichen Dritten Weltkrieg verhindert. Hingegen hätten die Siegermächte nach dem Ersten Weltkrieg das besiegte Deutschland gedemütigt und versucht, es durch harsche Bedingungen dauerhaft zu schwächen. Die Folgen seien bekannt.

Offenbar mangelt es im Hinblick auf Nordkorea an entsprechender politischer Weitsicht. Was wäre wohl passiert, fragt

sich Yoon Young-Gwan, wenn das Nordkoreaproblem mit der Klugheit eines Metternich oder Kennedy angegangen worden wäre? Von einer kurzfristig angelegten, auf ad hoc-Reaktionen basierenden Politik kann man nicht viel erwarten. Es ist an der Zeit, sich mit tragfähigen und dauerhaften Lösungen zu befassen, zumal sich die Wertigkeit der »Nuklearkarte« Nordkoreas angesichts weiterer zu erwartender Atomtests und verbesserter Raketentechnologie erhöhen wird. Über die innenpolitischen Verwertungsinteressen hinaus wäre es wünschenswert, dass sich die USA, Südkorea und Japan ein paar Gedanken über die langfristigen Ziele ihrer Nordkoreapolitik machen. ■

Thomas Heberer

Politische Reformen sind nicht zu erwarten

China nach dem jüngsten Parteitag

Der neuen Staats- und Parteispitze dürfte in erster Linie daran gelegen sein, die gewaltigen sozialen und ökologischen Probleme anzugehen und die Korruption einzudämmen. Das Auswahlverfahren für die höchsten Ämter in China ist so angelegt, dass radikale Reformer von vornherein verhindert werden und bewährte »Problemlöser«, die im Rahmen des Systems handeln, aufsteigen. Gleichwohl ist eine politische Liberalisierung des Landes im Interesse des sozialen Fortschritts auf Dauer unabdingbar.

Der Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) im November 2012 hat eine neue Parteiführung gewählt. Im Februar dieses Jahres folgte die Wahl der neuen Staatsführung durch den Nationalen Volkskongress. Schon seit geraumer Zeit stand fest, dass Xi Jinping, Sohn eines 2002 gestorbenen Parteiveteranen, Generalsekretär der KPCh, Vorsitzender der Militärkommission und Staatspräsident und Li Keqiang Ministerpräsident werden würde. Beide waren bereits auf dem vorangegangenen Parteitag zu Mitgliedern des Ständigen Ausschusses des Politbüros gewählt



Thomas Heberer

(*1947) ist Professor für Politikwissenschaft und Ostasienwissenschaften an der Universität Duisburg-Essen.

thomas.heberer@uni-duisburg-essen.de

worden, um sich auf ihre Führungsaufgaben vorbereiten zu können.

Das Jahr 2012 wurde durch zahlreiche Skandale überschattet: Im Februar war der Parteisekretär von Chongqing und Mit-